

Zeitschrift: Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Band: 1 (2008)

Heft: 1

Artikel: Bundesrat will Private finanziell entlasten

Autor: Münger, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-357853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat will Private finanziell entlasten

Um private Bauherren beim Schutzraumbau finanziell zu entlasten, sollen die Ersatzbeiträge stark gesenkt werden. Ausserdem soll die Zahl der Schutzanlagen reduziert werden. Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS ist beauftragt, die nötigen Massnahmen auszuarbeiten.

Am 7. März 2008 hat der Bundesrat den Bericht «Standortbestimmung zu den Schutzanlagen und Schutzräumen des Bevölkerungsschutzes» beraten und gutgeheissen. Der Bericht ist aufgrund einer Ende 2005 angenommenen Motion der Finanzkommission des Nationalrats und einer ebenfalls 2005 eingereichten Parlamentarischen Initiative von alt Nationalrat Pierre Kohler (JU) vom BABS erarbeitet worden.

Erhebliche Senkung der Ersatzbeiträge

Der Bundesrat hat mit seinem Beschluss den weiteren Weg in Sachen Schutzbauten vorgezeichnet: Jeder Einwohnerin und jedem Einwohner ein Platz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts – diese Vorgabe soll beibehalten werden. Aufgrund des hohen Ausbaustandes soll aber nicht der weitere Bau, sondern die Werterhaltung der bestehenden Schutzräume im Zentrum stehen.

Wenn Bauherren beim Bau eines Wohnhauses keinen Schutzraum erstellen, haben sie Ersatzbeiträge zu entrichten (heute maximal 1500 Franken pro Schutzplatz). Diese Ersatzbeiträge sollen künftig um mehr als die Hälfte gesenkt und neu vor allem für die Werterhaltung der privaten Schutzräume eingesetzt werden. Somit werden private Bauherren und Hauseigentümer finanziell markant entlastet. Die Ersatzbeiträge sollen künftig an den Kanton gehen, der einen innerkantonalen Ausgleich schaffen kann.

Reduktion der Schutzanlagen

Der Bundesrat will zudem die Anzahl der Schutzanlagen und der Kommandoposten reduzieren. Ältere Schutzanlagen, ausgenommen die für den Katastrophenfall benötigten, sollen aus Kostengründen nur im Falle eines sich abzeichnenden bewaffneten Konflikts erneuert werden.

Mit dem Bundesratsbeschluss können nun auf guter Grundlage die weiteren Entscheidungen getroffen werden. Das VBS ist beauftragt, dem Bundesrat bis Ende 2008 die nötigen Massnahmen vorzulegen. Der vom Bundesrat gewiesene Weg impliziert allerdings eine Änderung des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG). Letztlich werden somit die Eidgenössischen Räte über die Anpassungen entscheiden.

Sicherheitspolitische Kommission stimmt Bundesrat zu

Am 17. April 2008 hat die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats die parlamentarische Initiative des vormaligen jurassischen CVP-Nationalrates Pierre Kohler behandelt. Dieser Vorstoss zielt darauf, für Privatpersonen die Pflicht zum Bau von Schutzräumen oder zur Leistung von Ersatzbeiträgen abzuschaffen. Die Kommission hat dabei klaren Handlungsbedarf festgestellt, ist in der Sache aber dem Bundesrat gefolgt: Mit 5 zu 3 Stimmen hat sie sich dafür ausgesprochen, den Beschluss zur parlamentarischen Initiative Kohler so lange auszusetzen, bis die in Aussicht gestellte bundesrätliche Vorlage konkretisiert ist.

Kurt Münger,

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS



Im Zentrum steht die Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur.